Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 69. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 24. März 1931. | 13. Jahrgang.

„Irdisches Jammertal" — jämmerlich Wort!
Die das hier rufen,
jammern sicher auch dort einmal
an des Ewigen Stufen!

Bierbaum.

Das Grunddogma der sozialistischen Glaubenslehre.

Die allergrößten Verheißungen gibt der Sozialismus seinen Gläubigen. Die allgemeine Glückseligkeit aller, das Reich des ewigen Friedens verspricht er herbeizuführen. Und seine Propheten sind von einer geradezu bewundernswerten Zuversicht und Gewißheit erfüllt. Nichts scheint ihnen so unbedingt gewiß wie der Sieg des Sozialismus.

Fragen wir uns darum: Woher nimmt der Sozialismus diese seine Siegesgewißheit? Um uns darüber klar zu werden, müssen wir einen Blick in das Ganze des sozialistischen Glaubenssystems tun. In diesem System spielt eine Erkenntnis, die der Sozialismus zu haben glaubt, die entscheidende Rolle. Der Sozialismus meint zu wissen, was der Grund für alle auf der menschlichen Gesellschaft lastenden Nöte und Uebel ist. In unserer Bibel steht am Anfang der Menschheitsgeschichte als Schlüssel für das Verständnis dieser Geschichte voller Leid, Not und Tränen die Geschichte, die von einer Störung des Grundverhältnisses des Menschen handelt, die Geschichte vom Fall des Menschen. Einen irgendwie gearteten Mythos vom Fall des Menschen kennen auch viele andere Religionen. — Der Sozialismus bildet eine parallele Erscheinung. Auch er setzt an den Anfang der Entwicklung eine Art schuldlosen Urstandes der Menschheit. Und durch einen, allerdings wohl durch die „Entwicklung" bedingten Abfall von diesem Urzustande hat die Geschichte voller Not, Elend, Bedrückung, Qual, voll ununterbrochener Kämpfe begonnen. In der Urzeit lebte der Mensch in einer „klassenlosen" Gesellschaft. In den Horden und Stammesgemeinschaften der Urmenschheit standen die Menschen nicht nur in uneingeschränkter Gütergemeinschaft, sondern waren in ebenso uneingeschränkter Männer- und Weibergemeinschaft verbunden. Der Kommunismus bildete so den Ausgangspunkt der menschlichen Entwicklung. Das Aufkommen des Privateigentums aber bildete gewissermaßen den Sündenfall, von dem die sozialistische Glaubenslehre zu berichten weiß. Und bis auf den heutigen Tag bildet die Tatsache des Privateigentums den letzten Grund aller Uebel. Denn das Privateigentum teilt die Menschheit in Klassen, in eine besitzende und eine besitzlose Klasse. Und immer hat die besitzende Klasse die Macht, die ihr durch das Privateigentum gegeben ist, dazu benutzt, die besitzlose zu knechten und auszubeuten. Die besitzlose Klasse hat nichts als ihre Arbeitskraft zu eigen. Diese Arbeitskraft kauft die besitzende Klasse der besitzlosen ab. Sie stellt sie in ihren Dienst. Sie zahlt ihr aber nicht den vollen Ertrag der Arbeit, sondern nur so viel, daß die Besitzlosen notdürftig ihr Dasein fristen können. Den von den Besitzlosen erarbeiteten Mehrwert aber streichen die Besitzenden ein. Sie vermehren dadurch ständig ihren Besitz und ihre Macht. Dieser Vorgang der „Ausbeutung" hat sich in den verschiedenen Zeiten der Entwicklung in den verschiedensten Formen vollzogen, je nach dem jeweils herrschenden Wirtschaftssystem, d. h. nach der Art und Weise, wie die Güter erzeugt und verteilt wurden. „Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Barone und Leibeigene, Zunftbürger und Gesell, kurz Unterdrücker und Unterdrückte, standen in stetem Gegensatz zu einander, . . ." so heißt es im kommunistischen Manifest, dem Grundkatechismus alles Sozialismus'. — Mit der Teilung der Gesellschaft in Klassen hebt alles Uebel an. Immer gibt die besitzende Klasse selbstverständlich den Ton an. Sie leitet und bestimmt natürlich alles vom Gesichtspunkt ihrer eigenen Interessen. Alle Einrichtungen, die in einer gegebenen Zeit in einem Teile der menschlichen Gesellschaft bestehen, sind hervorgerufen und werden in Bestand gehalten von der jeweils herrschenden Klasse und haben nur den einen Zweck, die Herrschaft dieser Klasse zu befestigen und zu verewigen; also: Staat, Rechtspflege, Wissenschaft, Weltanschauung, Kunst, Religion, ja, auch die Religionen sind geschaffen von der besitzenden Klasse und im Interesse dieser Klasse. Das ganze geistige Leben ist also immer nur die notwendige Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse einer Epoche, ist der „ideologische Ueberbau", der sich über den materiellen Verhältnissen erhebt. Es ist von diesen Verhältnissen völlig abhängig und ändert sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen ganz von selbst. Man pflegt diese Auffassung vom Ablauf der menschlichen Geschichte als die „materialistische Geschichtsauffassung" des Marxistischen Sozialismus zu bezeichnen. Diese Auffassung kennt als die die Geschichte vorwärtstreibende Kraft nicht Gedanken, Ideen, sittliche und religöse Mächte, sondern allein die materiellen, wirtschaftlichen Verhältnisse. — Unser gegenwärtig bestehendes Wirtschaftssystem ist hervorgegangen aus der Feudalwirtschaft des Mittelalters. Aber — wir zitieren wiederum das kommunistische Manifest — „die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle des Alten gesetzt. — Unsere Epoche, die Epoche der Bourgoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat." — Man muß den fundamentalen Glaubenssatz in der sozialistischen Religion fest im Auge und im Gedächtnis behalten: Der Grund aller Uebel in der menschlichen Gesellschaft ist das Privateigentum und im unvermeidlichen Zusammenhange damit der Klassenzwiespalt. Wirkliche Hilfe bringen kann darum nur die Beseitigung des Privateigentums und die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft. — Von diesen grundlegenden Erkenntnissen aus ist vieles im Verhalten der Sozialisten verständlich, was sonst völlig rätselhaft bleibt. — Wir haben uns vielleicht alle schon einmal darüber gewundert, wie wenig zur Versöhnung der erbitterten Massen die gerade bei uns in Deutschland reich ausgebildete soziale Gesetzgebung des Staates, die öffentliche und die freie Wohlfahrtspflege mit der gesamten Inneren Mission beigetragen haben und beitragen. Wir stehen in der Versuchung, die Massen der Undankbarkeit zu zeihen. Wir müssen uns aber bewußt sein, daß die unversöhnliche Haltung der sozialistischen Massen ein notwendiger Ausfluß ihrer Glaubensstellung ist. Der Sozialist achtet alle diese Hilfen, so sehr sie dem Einzelnen im gegebenen Falle Hilfe sein mögen, grundsätzlich nicht. Er sieht in ihnen nur einen Versuch, die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Sitz des Uebels abzulenken, die noch nicht völlig aufgeklärten Massen zufrieden zu machen und ihnen dadurch die Kraft zum Kampf gegen das Grundübel, gegen das auf der Grundlage des Privateigentums bestehende, verhaßte Klassensystem zu schwächen. Die Abneigung, ja, der Haß gegen alle bürgerlichen Hilfsmaßnahmen kann soweit gehen, daß ein glühender Sozialist wie der junge Lenin als Mitglied eines Hilfskomitees zur Linderung der in einem russischen Bezirke ausgebrochenen Hungersnot die Meinung vertreten konnte, jede Hilfsaktion sei sinnlos und schädlich; denn das politische Regime allein sei an der Not des Volkes schuld. Zu versöhnen ist der überzeugte Sozialist durch keine noch so wohlgemeinte Maßnahme; denn sein Haß und seine Unversöhnlichkeit sind prinzipieller Natur, sie richten sich gegen die ganze bestehende Ordnung. — Von den Grundanschauungen des Sozialismus aus allein ist auch seine Stellung zur Religion verständlich. Da es nach den materialistischen Grundanschauungen des Sozialismus ein selbständiges Geistesleben, da es nach diesen Anschauungen auch einen Gott nicht gibt, Religion vielmehr wie alles geistige Leben nur der „ideologische Ueberbau" über den wirtschaftlichen Verhältnissen einer Epoche ist, bestimmt, die Herrschaft der „ausbeutenden Klasse" zu stützen, muß der Sozialist notgedrungen eine ablehnende und gegnerische Haltung zu aller Religion einnehmen. Er sieht in der Religion eine von der herrschenden Klasse geschaffene und gestützte illusorische Wunscherfüllung für die Massen, bestimmt, die Massen einzuschläfern. — „Religion ist Opium fürs Volk." Dieser Satz bringt wirklich die sozialistische Auffassung zum Ausdruck. In dem von Bebel geweissagten goldenen Zeitalter wird die Religion ganz von selbst aufhören; denn das Streben nach illusorischem Glück des Volkes entspringt einem Zustand der Gesellschaft, „welcher der Illusion bedarf", verschwindet aber, „sobald die Erkenntnis des wirklichen Glückes und die Möglichkeit seiner Verwirklichung die Massen durchdringt."

Genau ebenso wie mit der Religion verhält es sich aber mit der sittlichen Welt. Auch in den sittlichen Anschauungen einer Epoche sieht der Sozialist nur Hilfsmittel der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. „Die Gesetze, die Moral, die Religion" so erklärt das kommunistische Manifest, „sind für ihn (d. h., den Proletarier sozialistischen Glaubens) ebensoviele bürgerliche Vorurteile, hinter denen sich ebensoviele bürgerliche Interessen verstecken." Mit großer Klarheit hat sich über diesen Punkt Lenin ausgesprochen: „ Wir leugnen alle Sittlichkeit, die von außermenschlichen und außerhalb des Klassenbegriffes stehenden Vorstellungen herrührt. Unserer Meinung nach ist die Sittlichkeit ganz und gar den Interessen des Klassenkampfes untergeordnet; sittlich ist alles, was zur Vernichtung der alten, ausbeuterischen Gesellschaft dienlich und der Vereinigung des Proletariats förderlich ist; unsere Sittlichkeit besteht also allein in der geschlossenen Disziplin und in dem bewußten Kampf gegen die Ausbeuter. An ewig gültige Leitsätze der Moral glauben wir nicht und wir werden diesen Betrug entlarven. Die kommunistische Moral ist gleichbedeutend mit dem Kampf für die Befestigung der proletarischen Diktatur." Und Preobraschenski, ein Anhänger und Schüler Lenins, führt ebenso unverhohlen aus: „Im Kampf einer ausgebeuteten Klasse gegen ihre Feinde sind Lüge und Betrug oft sehr wichtige Waffen. . . . Für den Arbeiterstaat, der auf allen Seiten von feindlichen kapitalistischen Ländern umgeben ist, kann die Lüge in der äußeren Politik sehr nützlich und notwendig sein . . ." Man wird hieraus den Schluß ziehen müssen, was von allen aus dem gelobten Lande der Sowjets und von der kommunistischen Partei herkommenden offiziellen Nachrichten zu halten ist! —

Des Anderen Meinung.

Von der Redaktion des „Aufwärts" werden mir zwei Artikel als „leider nicht verwendbar" zurückgesandt, gleich zwei an einem Tage: das ist hart, und härter ist die Begründung, denn meine Arbeiten sind keineswegs unbrauchbar oder gar schlecht, aber die darin vertretenen Ansichten sind weiten Kreisen der Aufwärtsleser unbequem und unangenehm, und „auf einen ähnlichen Artikel, den wir zum Abdruck brachten, gingen entrüstete Protestschreiben ein", teilt mir die Schriftleitung mit. Sie hat es wahrhaftig nicht leicht. (Und die Schriftleitung kann doch auch nicht alles „besser" wissen und zu allem ihre Meinung sagen. Die Schriftleitung.)

Mit gleicher Post schreibt mir ein alter Freund, der eine bekannte Zeitschrift, die auch im „Aufwärts" schon oft rühmend hervorgehoben wurde, herausgibt, daß er die Zeitschrift möglicherweise eingehen lassen müssen, da sich die Abbestellungen in letzter Zeit häuften. „Besonders unerfreulich", so heißt es in diesem Briefe, „ist die Tonart, in der gebildete Menschen die Abbestellung damit begründen, daß sie es satt hätten, sich für ihr gutes Geld Ansichten und Meinungen vorsetzen zu lassen, die nicht die ihren seien".

Vielleicht tun wir gut daran, uns über den bedauerlichen Mangel an Blickweite, der aus der vorstehend geschilderten Einstellung der Zeitungs- und Zeitschriftenbezieher spricht, nicht zu erregen, sondern es ist angebracht, auch diesen Erscheinungen im Geistesleben unseres Volkes gegenüber nach der eigenen Schuld zu fragen, denn darüber, daß es gerade kein Zeichen von Geistesgröße ist, des Andern, also des Gegners Meinung überhaupt nicht kennen lernen zu wollen, dürften wir uns allesamt klar sein. Mit vollem Recht machen wir es der dem Marxismus und Kommunismus hörigen Presse zum Vorwurf, daß in ihr nur abgestempelte „Genossen" zu Worte kommen; das Parteibuch entscheidet auch über die geistige Kost, welche die Leser der SPD-Zeitungen zu sich nehmen dürfen, und eine abweichende Ansicht ist an die eingeschworenen Parteigänger schwer oder gar nicht heranzubringen. Jeder, der auf politischem Gebiet im Kampf gegen Marxismus oder Bolschewismus steht, kann beurteilen, wie sehr dieser Kampf durch die geschilderte geistige Abgeschlossenheit der Proletariermassen erschwert wird, und es ist eine oft gehörte Klage, daß sich Arbeitermassen und Bürgertum, Arbeitermassen und Kirchenchristen usw. mit größerer Verständnislosigkeit als völlig fremdsprachige Völker gegenüber ständen. Es führt eben keine Brücke mehr von einem Volksteil zum anderen, und diesem Uebelstand kann nur dadurch abgeholfen werden, daß es den Bekämpfern des Marxismus und Bolschewismus gelingt, sich in den Volksmassen dieser Richtungen wieder Gehör zu verschaffen.

Von den Leitungen der gegnerischen Parteien selbst ist ein Entgegenkommen nicht zu erwarten, und so bleibt denn als fast einziges Mittel, durch das wir den Kampf in die Reihen der Gegner hineintragen können, die Schrift, das Zeitungsblatt, denn daß das andere Mittel, das man allenfalls anwenden könnte, die Rede, bei der Struktur der heutigen Volksversammlungen ein recht fragliches Mittel bleibt, braucht nicht bewiesen zu werden. Nun ist es aber wiederum ganz ausgeschlossen, mit ausgesprochenen Parteiorganen in den Reihen der

Gegenparteien Einlaß zu finden, und so bleibt denn letzten Endes nur eine ganz dünne Schicht von Zeitungen und Zeitschriften (wenn wir einmal von der „Generalanzeigermanier" absehen, die hier nicht in Frage kommt), denen eine Wirkungsmöglichkeit im Lager der „Anderen" zugesprochen werden kann, und es kann ganz sans compliment gesagt werden, daß der „Aufwärts" nicht nur zu diesen ganz wenigen Blättern gehört, sondern, daß er diese Aufgabe auch erkannt hat und ihr nach Kräften gerecht zu werden versucht. Die Aufgabe des Leserkreises ist es, ihn dabei in jeder Weise zu unterstützen und alles zu unterlassen, was ihm die Erfüllung seiner Aufgabe irgendwie erschweren könnte.

Kürzlich kam ein Freund zu mir und sagte: „Den Aufwärts werde ich nun doch abbestellen. Bislang fand ich in ihm bei aller politischen Rechtseinstellung doch ein gewisses Maß von sozialem Verständnis für die Not des Proletariats, aber dieser kürzliche Artikel von dem und dem, der ja allerdings unter der Firma „Bekämpfung des Marxismus" lief, enthüllte denn doch einen solch sturen Arbeitgeber- und Besitzerstandpunkt, daß man klar erkennen konnte, wie bedeutungslos das Schicksal von „uns anderen" für den Artikelschreiber ist. Zu denken gegeben hat mir lediglich die Auffassung . . ." Nun, gerade an diesem letzten „zu denken gegeben" habe ich den erbosten Freund festgehalten und ihm klar gemacht, daß er gerade um des „zu denken gebens" halber den Aufwärts weiter lesen müsse, da er ja nur auf diese Weise die „Meinung des Anderen" kennen lernen werde, und allein die rechte Kenntnis mache auch die rechte Widerlegung möglich. Eine Frau, ebenfalls eifrige Leserin des Aufwärts, griff in unsere Debatte mit den Worten ein: „Liest man denn eine Zeitung, um die eigene Meinung gedruckt vor sich zu sehen und um in der eigenen Meinung bestärkt zu werden, oder, um auch vom Gegner etwas zu hören und seine Meinung gründlich kennen zu lernen?" Eine rethorische Frage, die sich für den gebildeten Menschen von selbst beantworten müßte!

Selbstverständlich muß jedes Blatt, das Anspruch auf eigenes Format und eigenen Charakter macht, eine klare Grundhaltung erkennen lassen, und es darf in der eigenen Beurteilung der Ereignisse nicht schwanken wie ein Rohr im Winde. Aber neben der eigenen Ansicht muß auch Raum sein für „des Anderen Meinung", wenn das Blatt seiner Aufgabe im Widerstreit der Tagesmeinungen gerecht werden will, und wenn wir Leser oder Mitarbeiter einen Artikel lesen, der eine unserer eigenen diametral entgegengesetzte Ansicht ausspricht, dann müssen wir uns dessen freuen, als ob ein Ueberläufer aus dem gegnerischen Lager bei Nacht und Nebel unsere Festungsmauern erklettert habe, um uns über die Vorgänge und Pläne des Feindes zu unterrichten. Wie soll sonst je wieder aus dem in Parteien, Gruppen und Splitter zerrissenen deutschen Volke eine große Volksgemeinschaft werden, wenn wir nicht den Mut fassen, „des Anderen Meinung" in Ruhe anzuhören und nach innerer Verarbeitung zu widerlegen. Auch vom Gegner kann und soll man lernen, aber nicht just das Schlechte, und daher wollen wir die Weiseren sein und dem Getto, das der Marxismus für die Seinen zu bilden sucht, eine Freistätte gegenüberstellen, auf der die Geisteskämpfe von Mensch zu Mensch und von Volksgenossen zu Volksgenossen ausgefochten werden können, und auf der auch „des Anderen Meinung" gleichberechtigte Waffe ist.

G. J. S.

Ein bedeutsamer Schritt in der Kriegsschuldfrage

ist soeben bei den Verhandlungen der Exekutive des Christlichen Jungmännerweltbundes in Genf eingeleitet worden. Im Zusammenhang der Vorbereitung der 20. Weltkonferenz des Christl. Jungmännerwerkes (Sommer 1931 in Nordamerika) hatte der Reichsverband der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands als Antwort auf einen ihm zugesandten Fragebogen eine ausführliche Denkschrift über die Beziehungen zwischen den Völkern überreicht, die im Anschluß an umfassende grundsätzliche Ausführungen vom christlichen Standpunkt aus eine Zusammenstellung der deutschen Forderungen nach Weltgerechtigkeit mit besonderer Hervorhebung der Kriegsschuldlüge brachte. Die daran anschließenden Verhandlungen in Genf führten zu dem Entschluß, bei der bevorstehenden Welttagung, wenn möglich, zu einer einmütigen Erklärung zu dieser Frage zu kommen, andernfalls aber Maßnahmen ins Auge zu fassen, um auf anderem Wege (etwa durch Einsetzung einer besonderen Studienkommission) eine sorgfältige und sachgemäße Prüfung der Angelegenheit mit dem Ziel einer einmütigen Stellungnahme zu erreichen. Der Christliche Jungmännerweltbund — bekanntlich die älteste internationale christliche Organisation (gegründet 1855) — hat damit als erste ihrer Art eine gründliche Klärung der Kriegsschuldfrage als eines moralischen Problemes von internationaler Bedeutung in Angriff genommen, nachdem bereits der Oekumenische Rat der Kirchen 1926 in Bern eine grundsätzliche Stellungnahme getroffen hatte. Man wird in Deutschland dem weiteren Verlauf der durch die deutsche Denkschrift (veröffentlicht im Mai-Heft 1931 der bekannten Jugendführerzeitschrift „Führerdienst", — Eichenkreuz-Verlag Barmen) ausgelösten Verhandlungen mit starker Anteilnahme folgen.

Zum Volksbegehren in Preußen.

Es wird uns geschrieben:

Dem vom Stahlhelm eingebrachten Antrage auf ein Volksbegehren zum Zwecke der Auflösung des preußischen Landtages ist stattgegeben worden. Das Volksbegehren und der daraus hervorgehende Volksentscheid wird von zahlreichen Verbänden und Vereinen, sowie den meisten Parteien unterstützt, damit ein Landtag gewählt wird, der der wirklichen Volksmeinung entspricht.

Die Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheid erfordert größere Mittel. Wer die Sache durch Beiträge unterstützen will und kann, wird gebeten, Einzahlungen auf das Konto 6781 „Preußen-Volksbegehren" bei der Kreissparkasse in Bielefeld, (deren Postscheckkonto Hannover 4871) zu machen.

Oberschlesiens Gedenktag.

Die Abstimmungsfeier in Beuthen. — Ansprache Brünings und Severings.

In ganz Oberschlesien wurde der zehnte Jahrestag der Abstimmung würdig begangen. In allen Orten des deutsch gebliebenen Teiles Oberschlesiens gedachte die Bevölkerung in schlichten Feiern der großen Bedeutung des 20. März 1921. Die Städte Gleiwitz und Beuthen hatten reichen Flaggenschmuck angelegt. Zahlreiche auswärtige Gäste hatten sich eingefunden, namentlich aus dem entrissenen Ost-Oberschlesien war der Zustrom von Deutschen sehr groß. In Beuthen war am Vortage unter dem Jubel der Bevölkerung die Traditionskompanie des früheren Beuthener Infanterie-Regiments eingerückt, Gleiwitz konnte die Traditionsschwadron seines früheren Ulanen-Regiments in seinen Mauern begrüßen. Abends gaben die Reichswehrkapellen öffentliche Konzerte. In Gleiwitz war ein riesiges Ehrentor errichtet, dessen Inschrift zur Einigkeit mahnt, wie sie sich vor zehn Jahren in Oberschlesiens schwerster Zeit so glänzend gezeigt hat. Bei Einbruch der Dunkelheit leuchteten in riesigen Lettern die Worte auf:

„Deutsche, vergeßt es nie!"

Den Höhepunkt der Abstimmungskundgebungen bildete die große Gedenkfeier im Beuthener Hindenburgstadion,

Reichskanzler Dr. Brüning

feierte in seiner Ansprache den 20. März 1921 als einen Gedenktag für Oberschlesien und ganz Deutschland. Er sei ein Tag des Sieges, den Oberschlesien vor zehn Jahren errungen habe. Ein Sieg aber, der durch die auf Grund des Genfer Spruchs geschaffene Entscheidung vom 20. Oktober 1921 zu seinem wesentlichen Teil zunichte gemacht wurde. Ein Drittel des Abstimmungsgebietes mit dem wertvollsten Industrieland und fast einer Million Einwohnern wurde uns trotz des Abstimmungserfolges entrissen.

„Die Abstimmung des Jahres 1921 ist — so führte der Kanzler aus — in der ruhmreichen Geschichte Oberschlesiens das größte nationale Ereignis. Deutschland wird nie vergessen, daß sich Oberschlesien freimütig zum deutschen Volkstum und zum deutschen Kulturkreise bekannt hat, obwohl die politische Lage des deutschen Vaterlandes, gedrückt durch den Versailler Vertrag und erschüttert durch schwerste finanzielle Bedrängnisse, trübe Aussichten für die Zukunft eröffnete, während drüben der polnische Staat, frei von jeder Kriegslast, ins Leben trat. Treue und Vaterlandsliebe der Oberschlesier sind auch nicht erschüttert worden durch die Polenaufstände, in denen die Stellen, denen der Schutz der oberschlesischen Bevölkerung übertragen wurde, nicht für Leib und Leben der Einwohner sorgten und die Deutschgesinnten nicht vor Mißhandlungen und Bedrückungen schützten. Wenn sich trotzdem eine Zweidrittelmehrheit bei der Abstimmung für Deutschland ergab, so war dies ein wahrhaft großes Bekenntnis zum Deutschtum, das allen übrigen Deutschen in jener schweren Zeit Mut und Stärke gab."

Mit besonderer Dankbarkeit gedachte der Kanzler des einmütigen Abwehrkampfes der Bevölkerung und der selbstlosen Tapferkeit der Selbstschutzkämpfer, die durch die Eroberung des Annaberges zu einem guten Teil dazu beigetragen haben, daß wenigstens zwei Drittel des Abstimmungsgebietes uns erhalten geblieben sind. Ehre insbesondere den Toten dieses Heldenkampfes!

Das schwere Unrecht der Teilung.

„Nach dem Siege, den das Deutschtum in der Abstimmung davontrug, mußte das deutsche Volk erwarten, daß ganz Oberschlesien Deutschland zugeteilt

---

Das Rundschreiben des Papstes Pius XI.

vom 31. 12. 1930 über die Ehe (Casti connubii).

Wenn ein evangelischer Mensch zu einer päpstlichen Angelegenheit das Wort nimmt, so muß er zunächst die tiefe Trauer seines Herzens über die Jahrhunderte alte römische Verachtung unserer evangelischen Kirche vergessen. Ich erinnere nur an Einzelnes von Vielem: Am 15. 6. 1520 sprach Leo X. die Verdammung der Schriften Luthers, das Gebot, sie zu verbrennen, und die Strafandrohungen für Luther und seine Anhänger aus, und am 20. Januar 1521 folgte die Androhung der Verkündigung des Bannes. Am 20. November 1648 sprach Innocenz X. den heftigsten Widerspruch gegen die Bestimmung des Westfälischen Friedens über die freie Religionsübung der „Ketzer des Augsburgischen Bekenntnisses" aus. Am 4. 6. 1816 verurteilte Pius VII. die evangelischen Bibelgesellschaften als „Pest". In unseren Tagen kennzeichnete Leo XIII. am 3. 12. 1880 die evangelischen Missionare als solche, „die die Herrschaft des Fürsten der Finsternis zu verbreiten sich bemühen." Und derselbe Papst gab 1898 die Anweisung aus Anlaß eines Falles in Köln-Deutz, daß dem Verlangen eines sterbenden „Ketzers" nach einem „ketzerischen" Seelsorger von der katholischen Krankenpflegerin nicht gewillfahrt werde. Keine von diesen Kundgebungen und den anderen ungezählten gleicher Art ist zurückgenommen worden. Die namenlose Verunehrung liegt auf uns bis zu diesem Augenblick. (Mirbt, Quellen zur Geschichte des Papsttums, 4. Auflage, S. 257, 382, 427, 476, 493.)

Aber dennoch stehen wir unter der Verantwortung des Heilandswortes „Eine Herde und Ein Hirt". (Ev. Johannes 10, 16). Die Hoffnung auf die kommende Einheit der Christenheit ist Wesensteil unseres Glaubens, und die Verpflichtung, dieser Hoffnung entgegenzuleben, erwacht besonders bei gegebener Gelegenheit. Solche Gelegenheit aber ist das Rundschreiben des Papstes Pius XI. Denn es wendet sich nicht nur an die katholischen Oberhirten und durch sie an das katholische Volk, sondern es soll auch, wie der deutsche Uebersetzer der lateinischen Urschrift, Geheimkämmerer D. Freiherr Raitz von Frentz im Vorwort hervorhebt, bei der außerkatholischen Welt Beachtung finden.

Was ist's mit dem päpstlichen Rundschreiben? Ich stehe nicht an, in der trüben Ueberflut von verzweifelt häßlichen Dingen dankbar anzuerkennen, daß hier ein mächtiges und würdiges Zeugnis für die Heiligtümer des Ehe- und Familienlebens abgegeben ist. Schön ist von dem Kind gesprochen: „Ein Geschenk der Güte Gottes, das sein Dasein der Allmacht Gottes und der Mitwirkung der Ehegatten verdankt." Das ist der Ton unverkünstelter Naivität, der uns neben denkender Durchdringung der Dinge not tut. Nicht nur der Eltern und des Vaterlandes wegen sind die Kinder da, sondern des Herrn wegen. „Ihn zu erkennen und zu lieben und sich dereinst im Himmel seines beseligenden Besitzes zu erfreuen ist das Ziel. Blühend wird die Sprache bei dem Vergleich zwischen der edlen Römerin, der Mutter der Gracchen, und der christlichen Mutter mit ihrer Kinderschar. Und wohltuend ist die Selbstverständlichkeit, mit der „die Mühewaltung beider Eltern und ihre gegenseitige Hilfeleistung" für die Erziehung der Kinder gefordert wird. Von dieser letzteren hat der Papst schon in dem Rundschreiben vom 31. Dezember 1929, wie er selber seinen Lesern mitteilt, ausführlich gehandelt (Divini illius magistri). Beherzigenswert sind auch die Worte von der Treue in der Ehe. Ihre Voraussetzungen sind aber, wie mit schöner Einfalt ausgeführt wird, die Unauflöslichkeit der Ehe und die Einheit der Ehe (ein Mann und eine Frau). Denn wie soll sich sonst die Treue auswirken? Die strahlende Vollendung der Ehe aber wird gesehen in der „gegenseitigen inneren Formung der Gatten" und in dem beharrlichen Bemühen, einander zur Vollendung zu führen. Beachtlich, wenn auch nicht ausreichend zur Entscheidung hier auftauchender Fragen ist die feine Unterscheidung zwischen dem Vorrecht der Leitung, das dem Mann gebührt und dem Vorrang der Liebe bei der Frau. Das Grundgesetz der Ueberordnung des Mannes wird festgehalten, doch so, daß die „Frauenwürde der Lebensgefährtin" mit ihr übereinkommen muß. Nur, „wenn der Mann seine Pflicht nicht tut", ist es die Aufgabe der Frau, seinen Platz in der Familienleitung einzunehmen. Freudig kann man dem heiligen und entschiedenen Ernst zustimmen, mit dem alle die Verkehrtheiten und Unsauberkeiten in und außer der Ehe in das Licht vor Gottes Angesicht gezogen werden. Seelsorgerliche Liebe geht in diesen Worten dem Menschen in die brennenden Versuchungen von heute nach und mag sie wohl behüten helfen. Heilsam ist es, daß Schluß gemacht wird mit dem dumpfen Halbdunkel, in dem alle geschlechtlichen Dinge bis heute gehalten werden, wobei ja nichts Gutes herauskommt. Wir wissen, man kann alles, wirklich alles sagen, wenn man seine Worte sich vom heiligen und gnädigen Gott sagen läßt. Wahre Majestät klingt uns entgegen (S. 39) aus dem Anrufen Gottes des Rächers wider den Mord der unschuldigen Kindlein im Mutterleib und in der gegen das „eugenische" Rassengerede gerichteten Verkündigung, daß der Mensch für die Ewigkeit bestimmt ist. Die Menschen, nach Gottes Bild geschaffen, sind in der Tat etwas anderes als Rennpferde oder Legehühner. Der „vollkommenen Ehe", der Ehe zu dritt, wird (S. 62) ihr naher Zusammenhang mit dem „vollkommenen Dirnentum" mit vollem Recht vorgehalten und alles Gesagte empfängt eine tiefreligiöse Note durch das Wort des Kirchenvaters Augustinus: „Du Gott untertan, dir das Fleisch untertan", worin für ernste Christen Kampf und Sieg auch in dem ungeheuren sexuellen Wirrsal der Zeit beschlossen liegt. Freilich ist bei diesem allen zu sagen, daß die lange Geschichte der vielen auf dem Wege der päpstlichen Sondererlaubnis (Dispensation) zustande gekommenen Ehescheidungen, bei denen auch das Geld eine unrühmliche Rolle gespielt hat, eine ganz andere Sprache spricht.

Nun aber unsere evangelischen Einwendungen gegen dieses päpstliche Rundschreiben. Schon das ist bedenklich, daß Augustins Schriften und Meinungen der Bulle zugrunde liegen. Wir sind weit davon entfernt, die Größe dieses Kirchenvaters zu unterschätzen, dessen Todestag wir im vorigen Jahr bei seiner 1500. Wiederkehr ganz anders hätten feiern müssen — wir Evangelischen überlassen viel zu sehr die vorreformatorische Kirchengeschichte den Katholiken. Wir wissen, wie Luther auch ihn, der, wenn auch nicht an Gelehrsamkeit, so doch an Glaubenstiefe der bedeutendste aller Kirchenväter war, geschätzt hat. Aber aus seinen „Bekenntnissen", die herzbewegend zu lesen sind, geht hervor, daß zu seiner persönlichen Lebensanlage ein gesteigerter Sexualismus gehörte, der ihn durch alle Himmel und alle Höllen der Sinnenlust hindurchführte, bis ihn die Gnade rettete. Und nun wirkte sich die furchtbare Praxis seines Lebens in der Theorie der Angst aus, daß die „offene Wunde" im Menschenleben der Geschlechtssinn sei. Einziges Heil die völlige Enthaltung, besser noch die nie verlorene Jungfräulichkeit. Zwar führt die Bulle von den vielen praktischen Ratschlägen Augustins für die Ehe z. B. den gegen den ehelichen Mißbrauch an, der auf

würde. Nur als schweres Unrecht konnte deshalb die Zerreißung des Landes von Deutschland und mit ihm wohl von den Teilen der Welt empfunden werden, die den Sinn für Gerechtigkeit nicht ganz verloren hatten.

Die deutsche Reichsregierung hat auf das feierlichste Protest gegen die Entscheidung vom 20. Oktober 1921 eingelegt. Diesen Protest lehnte der Oberste Rat ab; aber der damalige Reichskanzler hat in der Sitzung des Reichsrates vom 7. November 1921 festgestellt, daß durch die Antwort des Obersten Rates der Protest und die Rechtsverwahrung des Deutschen Reiches nicht aus der Welt geschafft werde. Das gilt selbstverständlich auch heute noch!

Heute erfüllt das Reich unter schwersten Opfern seine selbstverständliche Pflicht, den durch die Grenzziehung zusammengebrochenen Osten, soweit dies unter den gegebenen Umständen überhaupt möglich ist, wieder aufzubauen.

Namens der Reichsregierung erkläre ich Ihnen feierlich, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit an Ihren Sorgen Anteil nimmt und sich mit Oberschlesiens Schicksal verbunden fühlt und immer fühlen wird! Die oberschlesische Bevölkerung kann der Hilfe des gesamten deutschen Reiches und der Dankbarkeit des ganzen deutschen Volkes sicher sein!"

Minister Severing

ging in seiner Rede auf die Minderheitenfrage ein. Hier in Oberschlesien treffe sich deutsches und polnisches Volkstum. Von den vielen Hunderttausenden, die vor zehn Jahren für Deutschland gestimmt hätten, seien nicht wenige gewesen, die sich zur polnischen Sprache bekannten. „Sprachgrenze deckt sich nicht mit Volksgrenze. Der Minderheitsangehörige sei in Deutschland kein Fremder. Er ist trotz anderen Fühlens, trotz anderer Sprache Teil des Staatsganzen, in das er sich einzufügen hat, in dem er aber auch in seiner freien und volkstümlichen Entwicklung, in seinem Volkstum, seiner Kultur, seinen Sitten und Gebräuchen nicht beeinträchtigt wird. Nur mit den Waffen des Rechts werden wir für die Verwirklichung eigener Forderungen kämpfen können, nur dann für unsere deutschen Brüder jenseits der Grenzen einzutreten imstande sein, wenn wir darauf hinweisen können, daß längst bei uns erfüllt ist, was wir von anderen verlangen.

Der Glaube an unser Recht

lebt in uns, nicht nur im Augenblick dieser Gedenk- und Feierstunde, sondern wird uns erfüllen, solange Oberschlesien bestehen wird. Oberschlesiens Bevölkerung hat ihre Treue zu Staat und Reich bekundet in schwerer Zeit. Preußen und Deutschland werden Treue um Treue vergelten.

Bergarbeiterstreik in England?

Allgemeine Unruhewelle in der englischen Industrie.

Der Frieden in der englischen Industrie scheint wieder einmal ernstlich bedroht zu sein. Man befürchtet, daß die Bergarbeiter, insgesamt etwa eine halbe Million, Ende des Monats das Arbeitszeitverteilungsabkommen ablehnen werden, wozu sie nach dem Bergbaugesetz berechtigt wären.

Auch einen Streik hält man nicht für unwahrscheinlich, zumal die Arbeiter damit rechnen, bei einem Streik wegen der Arbeitszeitverteilungsklausel ein Recht auf Arbeitslosenunterstützung zu haben.

Seitens der Gewerkschaften sucht man einen Druck auf die Regierung auszuüben, ein Minimallohngesetz durchzusetzen. — Auch bei den Eisenbahnen ist die Lage trotz des Schiedsspruchs des nationalen Lohnamtes noch recht ungeklärt.

---

die Verhütung von Kindern abzielt. Aber sie kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gesamthaltung des gewaltigen Kirchenlehrers gegenüber dem geschlechtlichen Leben nicht Deutung und Sinngebung, sondern grundsätzliche Verneinung, mindestens Zurückstellung gegenüber den anderen Lebensmächten ist. Freilich ist Augustin auch nur einer von vielen, die in langen Jahrhunderten dasselbe gesagt haben, und so ist es nur der wahre Ausdruck der römisch-katholischen Lehre, wenn auf S. 17 die Bulle folgendes erklärt: „Bei der Wahl des Lebensstandes ist es zweifellos dem freien Belieben des Einzelnen anheimgestellt, welchem von beiden sie den Vorzug geben wollen: Dem Rat Christi folgend, jungfräulich zu leben oder sich durch Eingehen der Ehe zu binden." Wir sehen von der ungeheuerlichen Willkür in der Anwendung der Worte Jesu und der Bibel überhaupt hier ab — wo hat Jesus die Jungfräulichkeit angeraten? — und begnügen uns nur mit der Feststellung, daß der Papst das jungfräuliche Leben höher stellt, als das eheliche Leben und also der Verkündiger eines unhaltbaren Widerspruches ist: Einmal wird die geschlechtliche Bestimmtheit des Menschenlebens als eine Gottgegebenheit gewürdigt, und dann wieder erscheint als die Höhe des Menschenlebens, diese göttliche Bestimmtheit, die zugleich Gabe und Aufgabe ist, nicht zu erfüllen, sondern zu verleugnen. Daß die angeführten Worte der Bulle des Papstes Leo XIII. Rerum novarum vom 15. Mai 1891 entnommen sind (wie im übrigen die Ehebulle desselben Papstes Arcanum divinae sapientiae vom 10. Februar 1880 (leider vergriffen) sozusagen die Vorlage Pius' XI. gewesen ist, mindert ihr Ansehen nicht. Und der Gegensatz zwischen Römisch und Evangelisch wird ganz deutlich: Dort ist das Heiligtum der Jungfräulichkeit, das Priestertum mit dem Zwang der Ehelosigkeit. Hier ist es die Ehe mit ihrer segenschweren Verheißung. Dort ist die eheliche Gemeinschaft unter freundlicher Duldung und leitet ihr Recht von fern her aus der paradiesischen Stiftung. Hier weiß sie sich vor dem Angesicht des Herrn als einen Teil des christlichen Gesamtlebens, das Gottesdienst bedeutet, und wird erfahren als eine Lebenssteigerung, von der Linien zur ewigen Vollendung hinaufgehen. Hinter diesem nicht menschlichen, sondern göttliche Eheidealismus der evangelischen Kirche bleibt der Papst zurück, ja, sein Schreiben nimmt, was es mit der einen Hand sozusagen gibt, mit der anderen Hand wieder zurück.

Fortsetzung folgt.

Wirtschaftseinheit mit Oesterreich.

Neue Situation in Mitteleuropa. — Ausländische Pressestimmen zum österreichisch-deutschen Vertrag.

— Berlin, 23. März.

Wie die aus dem Auslande einlaufenden Meldungen besagen, hat dort der österreichisch-deutsche Vertrag über die Schaffung eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes überall größtes Aufsehen erregt. Daß man diese Vereinbarungen auch in der am Dienstag beginnenden neuen Tagung des europäischen Studienkomitees große Beachtung schenken wird, ist sicher.

In Wien behandelt die Presse die „technische Zollunion", wie der neue österreichisch-deutsche Vorvertrag genannt wird, mit der notwendigen Zurückhaltung. Die „Neue Freie Presse" meint, daß Deutschland und Deutsch-Oesterreich nichts anderes wollen, als den Anfang mit dem Paneuropaplan machen, den Briand geschaffen habe. Ihr Bestreben gehe dahin, die Zoll- und Handelspolitik wechselseitig anzugleichen, nicht aber, um andere Länder auszuschließen.

In Paris

bringen die rechtsstehenden Zeitungen Deutschland und Oesterreich Mißtrauen entgegen. Pertinax versteigt sich im „Echo de Paris" sogar zu der Behauptung, der österreichisch-deutsche Vertrag sei geeignet, „den Gedanken der europäischen Zusammenarbeit zu vergiften". Briand würde wütend sein, meint Pertinax dann, da Oesterreich durch die Vereinbarungen mit Deutschland „gegen die ihm zur Pflicht gemachte Selbständigkeit verstoße". Also auch hier wieder benutzt Pertina xdie Gelegenheit, um offen seinen bösen Willen zu zeigen.

Von den wirtschaftlich orientierten französischen Zeitungen kann „Journee Industrielle" nicht umhin, die Verbesserungsbedürftigkeit der mitteleuropäischen Wirtschaftsbeziehungen anzuerkennen! Die durch den Friedensvertrag in Mitteleuropa neugeschaffenen Staaten, so schreibt das Blatt weiter, litten allgemein daran, daß nach dem Weltkriege die Grenzen verlängert und vermehrt und dabei noch Irrtümer begangen worden seien. Eine Einigung sei deshalb schon lange notwendig gewesen.

Statt nun Deutschland und Deutsch-Oesterreich Dank zu wissen, daß sie aus sich heraus einen ersten Schritt nach dieser Richtung hin getan haben, bekämpft das Blatt mit nichtigen Vorwänden dieses Zusammengehen und versucht die Welt damit bange zu machen, daß es erklärt, bei den österreichisch-deutschen Vereinbarungen handele es sich nicht um ein Abkommen, sondern um

eine Vereinigung, „die die Gesamtheit der Staaten aus dem Gleichgewicht bringe",

weil sie die übrigen mitteleuropäischen Länder nunmehr einen einzigen Vertragspartner gegenüberstelle. Alle Erklärungen könnten nichts daran ändern, daß das neue Abkommen sich mehr auf den Anschluß als auf eine mitteleuropäische Verständigung richte.

Der erste Schritt zur Gesundung.

In Ungarn dagegen gibt die Presse erfreulicherweise unumwunden zu, daß auch die Nachbarstaaten Oesterreichs von diesem Abkommen nichts zu befürchten haben, da der österreichisch-deutsche Vertrag der erste Schritt zur Gesundung Mitteleuropas sei.

*

Der Vorvertrag mit Wien.

Die amtliche Mitteilung über die deutsch-österreichische Wirtschaftsvereinigung.

Von amtlicher deutscher Seite wird jetzt eine offizielle Mitteilung über das Ergebnis der deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen ausgegeben. Die für die geplante Zollunion vereinbarten Richtlinien lassen sich wie folgt zusammenfassen:

„Deutschland und Oesterreich schließen sich für den Warenverkehr zwischen ihren Ländern und für ihren Warenverkehr mit dritten Staaten zu einer Zollunion zusammen. Diese Zollunion soll nach einem neuen System aufgebaut werden, das von den für Zollunionen sonst üblichen Formen erheblich abweicht. Die Unabhängigkeit beider Länder bleibt unberührt. Sie werden einen übereinstimmenden Zolltarif und ein übereinstimmendes Zollgesetz einführen, die künftig nur auf Grund einer Vereinbarung zwischen ihnen abgeändert werden können.

Im Warenverkehr zwischen den beiden Ländern sollen keine Ein- und Ausfuhrzölle erhoben werden; jedoch werden sich die beiden Regierungen darüber verständigen, für welche einzelnen Waren sich einstweilen noch Zwischenzölle als erforderlich erweisen.

Die Zollverwaltung jedes der beiden Länder bleibt völlig selbständig.

Die von ihnen vereinnahmten Zölle werden nach einem noch festzusetzenden Verteilungsschlüssel verrechnet. Jede der beiden Regierungen soll das Recht behalten, für sich mit dritten Staaten Handelsverträge abzuschließen, doch muß hierbei Rücksicht darauf genommen werden, daß diese Verträge nicht in Widerspruch mit dem abzuschließenden deutsch-österreichischen Vertrage stehen. Auch soll bei solchen Verhandlungen mit dritten Staaten möglichst gemeinsam vorgegangen werden.

Zum Zwecke der reibungslosen Durchführung des Vertrages soll ein paritätisch zusammengesetzter Schiedsausschuß gebildet werden, der die Aufgabe hat, strittige Auslegungsfragen zu entscheiden und auch sonstige bei der Durchführung des Vertrages etwa entstehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Teilen zu bereinigen. Der Vertrag soll

während der Dauer der ersten drei Jahre unkündbar sein, von da ab aber von jedem Teil unter Zustimmung seiner gesetzgebenden Körperschaften mit einjähriger Frist gekündigt werden können."

Von den Grundzügen dieses Vertrags wurde den fremden Regierungen inzwischen durch die deutschen Botschafter in Paris, London und Rom sowie den deutschen Gesandten in Prag bereits Mitteilung gemacht. Selbstverständlich bedarf es keiner Zustimmungserklärung der fremden Regierungen zu den österreichisch-deutschen Vereinbarungen. Wenn trotzdem die deutschen Auslandsvertretungen die Grundzüge des neuen Abkommens mitteilten, dann geschah das nur, um festzustellen, daß es sich hier um rein wirtschaftspolitische Abmachungen handelt, die in nichts die bestehenden Verträge von Versailles und St. Germain berühren.

*

Die Gegenseite will das Recht brechen.

Protestschritt Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei in Wien.

— Wien, 22. März. Amtlich wird mitgeteilt, daß im Laufe des Sonnabend die Gesandten Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei beim österreichischen Außenminister Vizekanzler Dr. Schober vorgesprochen haben. Wie der Vertreter der „Telegraphen-Union hierzu erfährt, haben die Gesandten gegen den Abschluß einer Zoll-Union zwischen Oesterreich und Deutschland den Protest ihrer Regierungen eingelegt. Ihren Einspruch begründeten sie mit den Bestimmungen des Genfer Protokolls vom Jahre 1922, des damals vereinbarten Sanierungsabkommens Oesterreichs mit dem Völkerbund. Der Abschluß einer Zoll-Union soll den Bestimmungen dieses Abkommens zuwiderlaufen. Der Vicekanzler verwies die Gesandten auf den Wortlaut der deutsch-österreichischen Abmachungen, aus dem hervorgehe, daß er den Bestimmungen dieses Protolls nicht zuwiderlaufe.

Die Gegenseite muß sich daher darüber klar sein, daß ein derartiger Protest nichts weniger bedeutet als einen Schlag ins Gesicht ihrer eigenen angeblichen Außenpolitik und der stets mit größtem Nachdruck verkündeten paneuropäischen Grundsätze. Man kann kaum annehmen, daß der französische Außenminister, bildlich gesprochen, die Hand gegen sich selbst erheben wird, obgleich die französischen Rechtskreise vermutlich kein Mittel unversucht lassen werden, ihn in diese Richtung zu drängen, wie etwa Pertinax bereits die Annullierung des deutsch-österreichischen Abkommens fordert.

*

Auch eine englische Anfrage in Wien?

— Paris, 23. März. Der „Matin" erfährt zu der am Sonnabend erfolgten Besprechung des deutschen Botschafters von Hoesch mit Briand, daß ersterer Erläuterungen zu dem deutsch-österreichischen Abkommen gegeben habe, aus denen hervorgehe, daß es sich vorläufig nur um ein Protokoll handele, und daß Deutschland und Oesterreich bereit seien, mit allen Staaten Europas Verhandlungen über den Abschluß gleichlautender Verträge aufzunehmen. Ferner erfährt die Zeitung, daß außer Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei auch England den Außenminister Schober um eingehende Auskünfte über den beabsichtigten Vertrag ersuchen werde.

Keine weitere Gehaltskürzung.

Eine Erklärung des Reichsfinanzministers.

— Regensburg, 23. März. Im Laufe der Erörterungen des ersten Landesparteitages der Deutschen Staatspartei in Regensburg nahm der Reichsfinanzminister Dietrich Veranlassung, auf eine aus der Mitte des Parteitages ergangene Anfrage festzustellen, daß das Reichsfinanzministerium nicht im entferntesten daran denke, eine weitere Kürzung der Beamtengehälter vorzunehmen, und daß alle gegenteiligen Behauptungen ein „aufgelegter Schwindel" seien.

Hoffentlich! —

Zusammenstöße

bei der Berliner Stahlhelm-Kundgebung.

— Berlin, 22. März. Anläßlich des Aufmarsches des Berliner Stahlhelms im Lustgarten ist es vielfach zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Teilnehmern der Kundgebung gekommen. Die Polizei ging vor und während der Versammlung und später auch beim Abmarsch der Tausende von Zuschauern rücksichtslos mit dem Gummiknüppel vor, wobei zahlreiche Personen, darunter auch völlig unbeteiligte, Verletzungen davontrugen und Hunderte von Zwangsgestellungen vorgenommen wurden.

Die Beamten gaben mitunter auch Schreckschüsse ab, wodurch die allgemeine Verwirrung noch erhöht wurde.

Anschlag auf Südwestafrika.

Enthüllungen des Abgeordneten Norris. — Plan eines mittelafrikanischen Dominions.

— Berlin, 23. März.

Den ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika drohen neue Gefahren. Der rhodesische Abgeordnete Norris enthüllte einen englischen Plan, der auf die Bildung eines neuen mittelafrikanischen Dominions durch die Verschmelzung der beiden Rhodesien, des Nyassalandes und des Betschuanalandes mit dem Mandatsgebiet Deutsch-Südwestafrika unter Ausschluß des Teiles südlich des 25. Breitengrades.

Hierzu schreibt die Deutsche Kolonialgesellschaft mit vollem Recht:

Ein solcher Anschlag auf die Integrität des Mandatsgebiets Südwest wäre nur eine konsequente Fortsetzung der von der englischen Regierung hinsichtlich der deutschen Kolonien verfolgten Annexionspolitik und daher keineswegs überraschend. Allerdings sind die Schwierigkeiten der Durchführung dieses Planes deshalb besonders groß, weil die südafrikanische Union bei der Bildung des mittelafrikanischen Dominions unter Einschluß von Südwest das Mandat über dieses Land zugunsten Rhodesiens bzw. Englands abtreten müßte und in kluger Voraussicht bereits seit Jahren eine Wirtschafts- und Siedlungspolitik in Südwest verfolgt hat, die eine Uebertragung des Mandats an eine andere Macht, selbst an England, außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Die Swakopmunder Zeitung macht gleichfalls auf die nunmehr auch Südwestafrika drohende Gefahr einer Annexion warnend aufmerksam und weist mit Recht darauf hin, daß die Union mit der übereilten Ansiedlung von 3000 Angolaburen im Mandatsgebiet unter Aufwand von 500 000 Pfund vornehmlich den Zweck verfolgt habe, jeder anderen Macht die Uebernahme des Mandats zu erschweren. Bekanntlich versucht die Regierung des General Hertzog seit Jahren das Deutschtum Südwests für die völlige Einverleibung des Landes in die Union zu gewinnen. Sie hat vor nicht langer Zeit im Parlament erklären lassen, sie werde aus ihren bisherigen Leistungen für das Mandatsgebiet keinerlei Forderungen finanzieller Art an Südwest stellen, wenn sich das Südwester Deutschtum für den Anschluß an die Union entscheide, dagegen werde sie bei einem Mandatswechsel den zukünftigen Mandatsinhaber mit allen Aufwendungen belasten, die sie für das Mandatsgebiet gemacht habe, — eine Drohung, die in völligem Widerspruch zu dem Grundsatz der uneigennützigen Treuhänderschaft über die Kolonien steht, zugleich aber beweist, daß die Union nicht ohne weiteres gewillt ist, auf Südwest zugunsten eines anderen Landes zu verzichten.

Polen-Aufmarsch an der Grenze

Wichtige Truppenverschiebungen im Korridor und südlich von Ostpreußen.

— Thorn, 23. März.

Nach einer Meldung der polnischen Oppositionspresse sind in der letzten Zeit wichtige Truppenverschiebungen im Korridor und südlich von Ostpreußen durchgeführt worden. Wesentlich verstärkt wurden vor allem die polnischen Garnisonen in Gdingen, Thorn und Graudenz. So kam u. a. das 4. Fußartillerieregiment nach Thorn, während drei Feldartillerie-Regimenter in dem neuerrichteten Truppenübungslager von Naselsk an der ostpreußischen Südgrenze stationiert wurden.

Ganz besonders stark ist die Truppenkonzentration in Gdingen. Es wurden hier u. a. zwei Pionier-Bataillone, ein Telegraphen-Bataillon, vier Batterien Ballonabwehrgeschütze sowie ein Bataillon Brückentrain stationiert. Auch der Ausbau der polnischen Kriegsflotte macht mächtige Fortschritte. Die Polen verfügen bereits über zwölf Hochseetorpedoboote modernster Bauart, die 34 Knoten pro Stunde zurücklegen. Auch fünf Unterseeboote sind vorhanden; zwölf weitere befinden sich im Bau. Ferner sind drei Zerstörer vorhanden und ein moderner leichter Kreuzer; drei weitere werden auf französischen Werften hergestellt. Vier Monitore, fünf Kanonenboote und 26 armierte Flußboote vervollständigen die polnische Flotte.

In Gdingen ist auch das neue Regiment von Wasserflugzeugen stationiert. Es besteht aus zwei Staffeln von Erkundungs- und Bombenflugzeugen. Jede Staffel hat 30 Flugzeuge. Als besondere Neuheit werden die Nachtbombenflugzeuge gepriesen, die nach dem französischen Farman-Goliath-Modell gebaut sind.

Trauerfeier für Hermann Müller

Im Plenarsaal des Reichstags. — Gedächtnisrede des Reichskanzlers.

— Berlin, 21. März.

Aus Anlaß des Todes des früheren Reichskanzlers Hermann Müller fand im Plenarsaal des Reichstags eine Trauerfeier statt, zu der sich sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts und als Vertreter des Reichspräsidenten von Hindenburg Staatssekretär Dr. Meißner eingefunden hatten. Die Fahnen auf den Türmen des Reichstags wehten halbmast. Der Abgeordnetenplatz Hermann Müllers war mit Trauerflor und einem großen Strauß weißer Kallablüten geschmückt. Der Kundgebung des Reichstags war eine kurze Trauerfeier der sozialdemokratischen Fraktion vorausgegangen.

Als Präsident Löbe am Präsidententisch Platz nahm, erhoben sich sämtliche Abgeordneten von den Sitzen. Präsident Löbe widmete dann dem Verstorbenen einen Nachruf und gedachte dabei auch der schwersten Stunde seines Lebens, der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags. Im Namen der Reichsregierung sprach Reichskanzler Dr. Brüning. Er führte aus:

Tieferschüttert hat die Reichsregierung die Kunde von dem Hinscheiden Hermann Müllers vernommen. Ihn hat wie so viele unserer führenden Staatsmänner das tragische Geschick getroffen, in der Blüte der Jahre vom Schauplatz der Arbeit abberufen zu werden. Eins können wir als allgemeine Ueberzeugung und als Widerhall der Trauerkunde feststellen: Das deutsche Volk hat einen seiner Besten verloren. Als Mensch ein makelloser, ehrenhafter Charakter, gewissenhaft und zuverlässig, auch von seinen Gegnern geachtet.

In unser aller Erinnerung steht seine letzte Periode als deutscher Reichskanzler in den Jahren 1929-30. Unvergeßlich ist uns allen die Vertretung unseres Reiches in Genf, wo er ritterlich und entschlossen die Verantwortung übernahm, für den damals schon schwer erkrankten Außenminister einzutreten, und wo er in mutigen und unvergessenen Worten das Recht Deutschlands auf Gleichheit und Sicherheit verteidigte.

Er hat das schwere Opfer gebracht, am 28. Juni 1919 das Dokument zu unterschreiben, das als schwere Last auf unserem Volke und Reich liegt: das Diktat von Versailles. In der Uebernahme dieses Opfers zeigt sich der ganze Mann. Mit Recht ist damals in der Nationalversammlung in Weimar von all denen, die anderer Meinung waren, übereinstimmend erklärt worden, daß niemand den nationalen Beweggrund seines Handelns bezweifle.

Als solch ein nationaler Mann von vaterländischem Handeln steht er vor unserem Gedächtnis, und so wird er in unserem Herzen und in dem Herzen unseres Volkes in dankbarer Erinnerung fortleben.

Reichspräsident v. Hindenburg ließ der Witwe Hermann Müllers folgendes Handschreiben zugehen: „Die Nachricht von dem Tode Ihres Herrn Gemahls hat mich tief betrübt, und ich bitte Sie und Ihre Töchter, zu dem schweren Verlust, der Sie betroffen hat, den Ausdruck meines herzlichen Beileids entgegenzunehmen. Ich werde dem Verstorbenen, dessen lauteres Wollen und dessen treffliche Charaktereigenschaften ich hoch geschätzt und dessen Mitarbeit zur Ueberbrückung der politischen Gegensätze ich stets gewürdigt habe, ein treues Gedenken bewahren."

•

Aufbahrung Hermann Müllers.

Leichenbegängnis am Donnerstag.

Im Laufe des Sonnabend wurde die Leiche des früheren Reichskanzlers Hermann Müller einbalsamiert und die Totenmaske abgenommen. Am Abend erfolgte dann die Ueberführung aus der Klinik in der Derfflingerstraße nach dem Gebäude des sozialdemokratischen Parteivorstandes in der Lindenstraße, wo die Aufbahrung erfolgte. Die Einäscherung erfolgt am Donnerstagnachmittag im Krematorium Gerichtstraße, und zwar wird der Trauerzug seinen Weg durch das Regierungsviertel nehmen.

Von der Reichskanzlei bis zum Reichstag wird das gesamte Reichskabinett mit Reichskanzler Dr. Brüning an der Spitze dem Toten das letzte Geleit geben. Am Reichstagsgebäude macht der Trauerzug noch einmal halt, das Parlament wird durch den Präsidenten Löbe von Müller Abschied nehmen. Dann führt der Weg zur Gerichtstraße, wo die Einäscherung erfolgt.

•

Für den Verstorbenen tritt die Gewerkschaftssekretärswitwe Frau Stadtrat Selma Lohse aus Würzburg in den Reichstag ein.

Etatsberatung beendet.

In zweiter Lesung. — Entschließung zur Frage der Polizeikostenzuschüsse.

— Berlin, den 21. März 1931.

Der Reichstag trat nach der Trauerfeier für den verstorbenen ehemaligen Reichskanzler Hermann Müller nochmals zu einer Plenarsitzung zusammen und führte darin die allgemeine Aussprache zum Haushalt des Reichsfinanzministeriums, der Allgemeinen Finanzverwaltung, zum Ergänzungsetat und zum Haushaltsgesetz für 1931 zum Abschluß. Damit ist die gesamte Etatsarbeit in zweiter Lesung beendet. Die Abstimmungen über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Reichsfinanzminister Dietrich und die Steueranträge der verschiedenen Parteien sollen am Montag nachgeholt werden.

In der Abstimmung wurde mit anderen Entschließungen eine Ausschußentschließung zum Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung angenommen, in der es heißt:

„Bei Abschluß der Verträge über die Fortzahlung der Polizeikostenzuschüsse ist dafür zu sorgen, daß kein Anspruch auf Zahlung an solche Länder gewährt wird, die Angehörige von Parteien, die mit oder ohne ausdrückliche Billigung ihrer obersten Führung den gewaltsamen Umsturz propagieren, in die Schutzpolizei aufnehmen oder zu Vorgesetzten der Schutzpolizei machen."

Bei der Abstimmung über das Haushaltsgesetz enthielt sich die Deutsche Volkspartei der Stimme, weil die Entscheidung über den Spar-Ermächtigungsantrag aussteht.

Abgesehen von den zurückgestellten Abstimmungen soll am Montag noch die Novelle zum Lichtspielgesetz beraten werden.

Zusammenstöße in Hamburg.

— **Hamburg**, 23. März. Im Anschluß an die Beisetzung des kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Henning versuchten die von der Trauerfeier zurückkehrenden kommunistischen Teilnehmer trotz des Verbotes der Polizei immer wieder Demonstrationszüge zu bilden. Die Polizei, die dies verhindern wollte, wurde tätlich angegriffen, so daß sie endlich von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Ein 20jähriger Arbeiter wurde schwer verletzt und starb bald darauf im Hafenkrankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Ein Polizeihauptwachtmeister wurde durch einen Messerstich verletzt.

Bethel.

Die **Reifeprüfung an der Friedrich v. Bodelschwingh-Schule** fand am 21. d. Mts. unter Vorsitz des Herrn Oberschulrat Dr. Rothstein statt.

Alle 12 Prüflinge (Friedrich Buchmeier-Gütersloh, Karl Evers-Bethel, Hans Hoffchen-Annen, Willi Holzhauer-Hohenlimburg, Hans Leibing-Bethel, Friedrich Mauro-Sudbrack, Wilhelm Meier-Wulferdingsen, Erich Niedich-Bethel, Hermann Prüßner-Herford, Ernst Römer-Deilinghofen, Willi Schierbaum-Bethel, Emil Weber-Schwabhausen, Baden) bestanden; unter ihnen zwei mit gut und zwei mit Auszeichnung.

— **Am Mittwoch, den 25. dieses Monats, nachmittags 1½ Uhr Feuerwehrübung.**
Pünktlich antreten. **Der Brandmeister**

— **Christlicher Verein junger Männer.**
Heute Montag 8¼ Uhr Chorprobe in Ephrata.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Osterflugblatt

Sonderausgabe unseres Sonntagsblattes „Für Herz und Haus", ein vierseitiges Verteilblatt, geeignet zum Verteilen an Kirchtüren und auf Friedhöfen.

Probenummern stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Das Stück kostet 2 Pfennig
Von 100 Stück ab portofrei
Von 500 Stück ab 25 % Preisnachlaß
Von 1000 Stück ab 40 % Preisnachlaß
Von 5000 Stück ab 50 % Preisnachlaß

Bestellungen erbeten an den

Blätterverlag der Anstalt Bethel
Abteilung „Herz und Haus". Postscheck Hannover 7382.

Gesucht zum 15. April
2 gebild. Haustöchter
die alle Arbeiten mit verrichten in einem größeren Haushalt
Frau Superintendent Simon, Bethel b. Bielefeld, Bethelweg 53

Bad Berka. In kleinem Erholungsheim finden
3-4 junge Mädchen
Aufnahme zur Erlernung der Küche, des Haushalts, anfertigen v. Wäsche u. Kleidern, Handarbeiten. Pensionspreis 60 Mk. monatl. Ebenso junge Mädchen und Kinder guten
Erholungsaufenthalt
für kürzere u. längere Zeit bei mäß. Preis. **C. Rai, Klosterberg 59a.**

Junger Mann
24 J., gläub., willig, sucht zum 1. April Stelle als Hausdiener od. dgl. Selb. verricht. Garten- und sämtl. Hausarbeit, bedient Heizung und scheut nichts. Angebote unter A 1338 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Kinderhaus
Heimgarten
Gegr. 1905
Jugenheim an d. Bergstraße bei Darmstadt.
Ersatz des Elternhauses, vorübergehend oder dauernd. Schule für Schulanfänger und Fortgeschrittene. 15 Kinder.

Suche für meinen Sohn, welcher im Mai ds. Js. seine 3jährige Lehrzeit als Bäcker- und Konditorlehrling beendet, eine gute
Ausbildungsstätte
in **reiner Konditorei.** Unter Umständen mit 1—2jähriger Lehrstelle einverstanden, am liebsten Volontärstelle. Angebote erbittet freundlichst
Gust. Degenhardt,
Bäckerei und Konditorei,
Fröndenberg-Ruhr.



Haus Friedrich
Christliches Erholungsheim
nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer
August Friedrich und Frau
Telefon 34. — Prospekte frei.

Für einige Wochen freien, liebevollen Aufenthalt am schönen Teutoburger Wald bei bester Verpflegung bei einem
Darlehen
von 1000 Mk. Hohe Zinsen und Sicherheit. Angeb. unt. A 1337 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kur-Anstalt Erholungsheim
vegetarisch und Rohkost **Ebert**
Benneckenstein-Hochharz unweit Braunlage
Pastor Felkekuren. Prosp. frei!

BIBLIOGRAPHISCHES INSTITUT LEIPZIG
PROVINZEN DER WELTWIRTSCHAFT UND WELTPOLITIK
Lateinamerika
von Dr. Hermann Lufft
XII u. 484 S., 202 Abb., 17 Karten. Preis 28 RM.
Rußland
von Prof. Dr. Hans von Eckardt
XII u. 568 S., 234 Abb., 16 Karten. Preis 30 RM.
Das Britische Weltreich
von Dr. Hermann Lufft
VIII u. 626 S., 146 Abb., 15 Karten. Preis 32 RM.
Illustrierter Prospekt der Sammlung kostenlos durch jede Buchhandlung
Eine neue Bücherreihe

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen
Knollengewächse:
Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel:
Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. – Blütenstauden usw.
Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Bethel b. Bielefeld — Die staatl. anerk. Haushaltungssch. Eckardtshaus der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta bietet in ihrem Internat Töchtern christl. Fam. Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründl. hauswirtsch. Durchbildg. ermöglicht den Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildg., Lebensschulg. sind Ziele der Schule. Aufn. im April u. Oktober. Prospekte d. die Leitung d. Schule.